

Altersunterschied

Die Diözese Feldkirch (Vorarlberg) beabsichtigt, das Firmalter von derzeit mindestens zwölf auf 17 Jahre anzuheben. In 14 Pfarren sei dies schon eingeführt worden. Die Begründung ist interessant: Erst in diesem Alter ist eine reife Auseinandersetzung mit dem Glauben auf Augenhöhe und freie Meinungsbildung möglich. Das hat einiges für sich - nur, wie ist das mit dem Wahlalter? Da ist die Reife und die freie Meinungsbildung schon mit 16 möglich?

Antifa-Gewaltkriminelle machen sich unbeliebt: Petition in den USA knackt die 100.000er-Marke

In vielen Ländern wächst die Empörung über linksextreme Gewaltkriminelle, die etwa in Hamburg am Rande des G-20-Gipfels und jüngst in den früheren Südstaaten der USA für bürgerkriegsartige Zustände sorgten. In mehreren Ländern wurden inzwischen Petitionen auf den Weg gebracht, um die „Antifa“ zum Beispiel als „terroristische Organisation“ einzustufen. In Australien wurden dafür im Rahmen einer Change.org-Petition inzwischen 7.567 Unterschriften gesammelt – die Begründung lautet dort, daß sich die Organisation im ganzen Land „verheerend“ auswirke. In den USA hat eine ähnliche Online-Petition mittlerweile über 100.000 Unterschriften erreicht. Sie fordert, daß die Antifa auch in den USA als terroristische Organisation eingestuft wird. Dabei wird festgestellt, daß die Antifa unter die Definition einer „terroristischen Vereinigung“ paßt, weil sie „absichtlich wahllose Gewalt als Mittel zur Schaffung von Terror oder Angst nutzt, um ein politisches, religiöses oder ideologisches Ziel zu verfolgen“.

Mit Erreichen der 100.000er-Marke muß das Weiße Haus jetzt reagieren und dem Anliegen der Petition im weiteren Geschäftsgang Rechnung tragen.

Caritas verdient über 300 Millionen Euro

Die Flüchtlingswelle von 2015/16 war für die kirchliche Caritas und NGOs wie Amnesty International in jeder Hinsicht ein Glückstreffer.

Als Vorkämpfer für die Menschenrechte positionierten sie sich täglich in den Schlagzeilen, Spenden und Gelder für Projekte flossen in Strömen und der Staat, sprich der Steuerzahler, muss der Caritas hunderte Millionen Euro für Betreuung und Unterbringung zahlen.

Bis zu 95 Euro Taggeld für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

2016 wurde jeder zweite (!) Asylwerber – insgesamt 44.461 Personen – von der Caritas betreut. 952 davon waren der Jackpot für Quartiergeber: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) mit bis zu 95 Euro Taggeld für die Unterbringung.

Aufs Jahr – zu den damals gültigen Tagsätzen gerechnet – erhielt die Caritas somit über 332,4 Millionen Euro, insbesondere für Unterbringung. Nur wenig davon ging als Essensgeld an die Asylwerber weiter.

Wie gut meint es Amnesty International mit Migranten wirklich?

Das Budget von Amnesty International Österreich ist dagegen zwar fast mickrig: Die Hälfte der Ausgaben von 2015 entfielen aber allein auf (Spenden-)Werbung und Verwaltung. Wie gut es AI mit Migranten meint, die bekanntlich vor allem unser Sozialsystem schätzen, zeigen jüngste Aussagen: Das neue Fremdenrechtspaket sei „populistisch“, das Verschleierungsverbot verstoße gegen die Meinungs- und Religionsfreiheit, Migranten sollten humanitäre oder Studien-Visa bekommen und es sollten regelmäßig besonders „schutzbedürftige“ Menschen bei uns angesiedelt werden.

Europäer zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Medien

Ein schwerer Schlag für die etablierten Medien: Die EU-Bürger haben nur noch wenig Vertrauen in die etablierten Medien und zweifeln an deren Unabhängigkeit. Die Mehrheit (60 %) ist nämlich überzeugt, daß politische und wirtschaftliche Verflechtungen mit den etablierten Medien bestehen. Das ergab eine im November 2016 veröffentlichte Studie der EU-Kommission. In 17 von 28 EU-Staaten vertrauten die Befragten auch den Kontrollorganen der Medien eher nicht. Laut der Studie setzen Bürger vermehrt ihr Vertrauen in die Berichterstattung unabhängiger Medien.

Dunkle Geschäfte

Der Bundessicherheitsrat hat einen umstrittenen Rüstungsdeal mit Israel genehmigt. Das geheim tagende Gremium aus Mitgliedern des Bundeskabinetts erlaubte die Ausfuhr von drei U-Booten der „Dolphin“-Klasse, die Thyssen-Krupp Marine Systems in Kiel bauen will. Israel besitzt bereits fünf U-Boote derselben Klasse, die mit Atomwaffen bestückt werden können. Ein sechstes Boot ist im Bau. Die Bundesregierung hatte zuvor signalisiert, wie schon bei den vorherigen Lieferungen einen Zuschuß zu gewähren. Sie will ein Drittel der Kosten in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro übernehmen. Der Deal wird in Israel von Korruptionsvorwürfen überschattet. Der Anwalt des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu ist gleichzeitig Rechtsberater des Vertriebspartners von ThyssenKrupp in Israel. Das könnte erklären, warum Netanyahu den Deal gegen den Willen der Militärs durchgesetzt hatte. In einem gemeinsamen Memorandum ließ die Bundesregierung eine Klausel einfügen, die ihr das Recht gibt, den Deal aufzukündigen, falls sich die Vorwürfe bestätigen.

Wie man manipuliert ohne zu lügen

Wer wirklich wissen möchte, was in Österreich und der weiten Welt an wichtigem vorgefallen ist, der sollte sich nicht auf die ORF'sche Zeit im Bild beschränken. Das zeigte sich an der Präsentation des Migrationsberichtes 2017.

Wer sich die Nachrichten in Servus-TV um 19:20 Uhr zu Gemüte führte, konnte erfahren, daß von den rund 42.000 Zuwanderern, die im Vorjahr einen Asylantrag gestellt haben, knapp 28 Prozent Afghanen sind. Die wichtige Botschaft dabei: „58 Prozent der Afghanen haben nur die Volksschule besucht. Jeder zweite Flüchtling sieht in der mangelnden Bildung kein Problem“, erläuterte die Moderatorin.

Ganz wesentlich war der Hinweis, dass 90 Prozent der Migranten angeben, sie würden die österreichischen Lebensgewohnheiten akzeptieren. Gleichzeitig sind aber 80 Prozent dafür, daß Frauen in der Öffentlichkeit ein Kopftuch oder einen Schleier tragen.

Offensichtlich verstehen Muslime unter Integration etwas völlig anderes als Österreicher.

Dann folgte in Servus-TV noch ein Interview mit der wahrscheinlich besten und ehrlichsten Nahost-Expertin in Österreich, Karin Kneissl, die man früher auch oft im ORF gesehen oder gehört hatte. Jetzt sind ihre Auftritte im Staats-TV seltener geworden. Sie warnte davor, daß selbst scheinbar erfolgreiche Integration noch kein Garant für die Beseitigung der Probleme sei.

Dem ORF war das Thema Migrationsbericht einen Bericht in der Länge von einer Minute und 49 Sekunden wert. Dabei wurde hauptsächlich der harmlosere Teil der Statistik heruntergebetet. Das Wort „Afghanen“, das in Servus TV richtigerweise deutlich hervorgehoben wurde und das problematische Bildungsniveau dieser Zuwanderer, war dem ORF nicht einmal einen Nebensatz wert. Dafür schloss der Bericht mit dem Satz: „Integration ist für den Expertenrat alternativlos.“

Das Fazit der Gegenüberstellung der beiden Meldungen zum selben Thema: Wer wirklich informiert sein möchte, sollte zuerst die Nachrichten in Servus-TV ansehen. Auf die Zeit im Bild kann man dann getrost verzichten.

ZITAT

Wolfram Ackner: „Es ist die Wut über einen zutiefst illiberalen Justizminister wie Heiko Maas, der - eigentlich zur Neutralität verpflichtet - kein Problem damit hat, auf Demonstrationen ‚gegen rechts‘ in Sichtnähe des gewalttätigen ‚schwarzen Blocks‘ mitzumarschieren oder auch Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth, die in Hannover bei einer Anti-AfD-Demo unmittelbar hinter vermummten ‚Deutschland, du mieses Stück Scheiße‘ grölenden Linksextremisten hertrittet. Ausgerechnet diese Leute maßen sich an, AfD- u. Pegidasympathisanten, die oftmals einfach nur die Einhaltung bestehender Gesetze und internationaler Verträge einfordern, pauschal als Antidemokraten zu brandmarken.“

Nachrichten oder intelligente Manipulation?

Der britische Journalist und Autor Leon Horten beschreibt in einem seiner Artikel die Arbeit der Medien. Diese bestehe laut einer Untersuchung der Cardiff University hauptsächlich in der Übernahme der Meldungen von PR-Firmen oder Presseagenturen, welche zu fast 100% ohne Quellenangaben und zu 70% ohne jegliche Überprüfung des Wahrheitsgehaltes gedruckt würden. Das Forscherteam der Cardiff University kam zu dem Ergebnis, daß eine sinnvolle unabhängige Berichterstattung durch die Presse eher die Ausnahme als die Regel sei. Leon Horten zitiert den Gründervater der PR, Edward L. Bernays, aus seinem Buch „Propaganda“ von 1928: „Die bewußte und intelligente Manipulation [...] der Massen ist ein wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaft.“

Viele Frauen klagen über sexuelle Belästigung auf der Donauinsel

Polizei reagiert auf Vorfälle und will kommende Woche die Überwachung intensivieren.

Vergangenes Wochenende hat eine versuchte Vergewaltigung das Donauinselfest überschattet. Auch abseits davon beklagen sich Frauen über Unwohlsein an gewissen Stellen der Donauinsel. Maja (Name geändert) hat schon öfters unangenehme Erfahrungen gemacht: „Ich liege gerne in den kleinen Buchten gegen Inselende, Richtung Klosterneuburg. Da ist eigentlich kein FKK-Bereich. Das letzte Mal ist ein Mann gekommen und hat sich unangenehm nahe zu mir gelegt, obwohl sonst niemand da war. Er hat sich dann ganz nackt ausgezogen und mich gefragt, ob er mich einschmieren soll oder ob ich es bei ihm machen kann.“

Maja hat Angst bekommen und ihre Sachen gepackt. „Ich hab schon früher unangenehme Erfahrungen auf der Insel gemacht als jemand neben mir angefangen hat zu onanieren, daraus habe ich gelernt.“ Deswegen hat sie ihm laut gesagt, daß sie das für unangebracht hält und ist schnell weggegangen. „Schlußendlich bin ich weg und nicht er.“ Auch Kathrin hat ähnliche Erfahrungen gemacht: „Ich hab schon so oft auf der Insel jemanden gesehen, der öffentlich onaniert. Und ich will es einfach nicht sehen.“ Einmal hat sich jemand sogar anal mit einem Gegenstand befriedigt.

„Für den Täter ist sein Handeln eine Machtdemonstration. Für das Opfer ist es sehr erniedrigend, weil es nicht entscheiden kann, was es sieht“, erklärt Martina Steiner, stellvertretende Leiterin vom 24-Stunden-Frauennotruf.

Polizei reagiert

Ella meidet gewisse Abschnitte der Donauinsel beim Laufen, weil sie sich dort unwohl fühlt. „Orte, wo Lichtverhältnisse schwierig sind oder wenig los ist, was bei der Donauinsel definitiv der Fall ist, vermitteln immer ein subjektives Unsicherheitsgefühl“, sagt eine Sprecherin von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ).

Die Polizei fährt regelmäßig Streife. Nächste Woche wird sie an einem Tag die Insel noch intensiver als bisher überwachen. Genaue Statistiken zu den Vorfällen gibt es keine, weil kaum ein Opfer Anzeige erstattet. „Es muß wirklich die Polizei gerufen werden, damit wir konkret was tun können“, sagt Polizeisprecherin Irina Steirer.

Mauerbau: Was wusste das ÖVP-geführte Finanzministerium vom Projekt?

Was wußte das Finanzministerium (BMF) vom Projekt „Mauerbau“ vor dem Bundeskanzleramt? Vor wenigen Tagen gab sich Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) noch entrüstet über die Bauarbeiten, die unter anderem vom Bundeskanzleramt beauftragt worden sind. Jetzt muß sich der schwarze Säckelwart der Republik aber selbst bei der Nase nehmen, denn Unterlagen aus der Bundesimmobiliengesellschaft sollen dokumentieren, daß neben diversen Ministerien und Wiener Magistratsabteilungen auch das BMF vom Mauerbau gewußt haben muß.

Da die ganze Angelegenheit ja mindestens 422.000 Euro kosten soll, wurden natürlich Budgetmittel dafür benötigt - und hier liegt die Letztverantwortung auch in der Wiener Himmelpfortgasse bei der zuständigen Budgetabteilung.

FPÖ: Schelling muß Rolle des Finanzministeriums klären

Jetzt fordert die FPÖ den ÖVP-Finanzminister auf, hier für Aufklärung zu sorgen, wie Generalsekretär Herbert Kickl erklärt:

Keiner will es gewesen sein, keiner hat es gewußt. ÖVP-Minister Schelling scheint sich in die Riege der Gedächtnislosen einreihen zu wollen. Schelling soll nicht den Überraschten und Entsetzten spielen und über den Umgang mit Steuergeld schwadronieren, sondern die Rolle des BMF in der Causa Kanzler-Mauer aufklären. Das heißt, er soll den Aktenlauf zwischen der Präsidialsektion des Bundeskanzleramtes und der zuständigen Abteilung in seiner Budgetsektion umgehend offenlegen. Das BMF hat die Kontrolle in dieser Sache anscheinend schwer vernachlässigt.

NGOs unterstützen Schleuser

Die niederländische Stiftung Gefira beobachtete mehrere Monate über das Internetportal marinetraffic.com den Schiffsverkehr zwischen Libyen und Italien. Anhand der gesammelten Daten kam die Stiftung zu dem Ergebnis, daß Schiffe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) daran beteiligt sind, Migranten von Libyen nach Italien zu schleusen. Die Schleuser benutzen meistens nur seeuntaugliche Schlauchboote für die Überfahrt und senden kurz nachdem sie die internationalen Gewässer erreicht haben, ein Rettungssignal an die Schiffe der Umgebung. Die Schiffe der NGOs vor Ort nehmen die absichtlich in Seenot geratenen Migranten in einer Entfernung von 8 bis 12 Seemeilen vor der libyschen Küste auf. Nach dem UN-Seerecht müssen Menschen, die aus internationalen Gewässern aufgegriffen werden, bis zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden. Nun werden die Menschen aber stattdessen an das 180 Seemeilen entfernte Malta oder gar an das 260 Seemeilen entfernte Italien gebracht. Den Straftatbestand „Schleusen von Migranten durch NGOs“, den die Stiftung Gefira feststellte, dürfte auch der Europäischen Kommission nicht unbekannt sein, wird aber von ihr nicht geahndet.

Felix Baumgartner beleidigt Wiens „Noch-Bürgermeister“

WIEN. Der Extremsportler wirft Michael Häupl vor, sich Probleme „schön zu saufen“

Österreichs Stratosphären-Springer Felix Baumgartner hat eine neue Zielscheibe für grenzwertige Facebook-Postings gefunden. In seinem jüngsten Kommentar beleidigt er Wiens Bürgermeister Michael Häupl. Dieser hatte sich in einem Zeitungsinterview sehr moderat zur Situation mit den Flüchtlingen geäußert und betont, es gäbe keinen Anlaß für die SPÖ, in der Flüchtlingsfrage einen Schwenk zu machen. Baumgartner äußert sich dazu unter dem Titel „Kann man Probleme schön saufen. Man(n) kann“ so: „Laut Wiens Noch-Bürgermeister Michael Häupl gibt es in der Flüchtlingsfrage keinen Druck und auch sonst ist in Österreich alles in bester Ordnung. SPÖ-Chef Häupl fühlt sich wieder einmal zur Dummheit verpflichtet und redet sich in diesem Interview um Kopf und Kragen. Lieber Herr Häupl: Die Wahrheit beginnt in dem man sagt, was Sache ist!

Für sein Posting bekommt Baumgartner viel Applaus - von seinen Facebook-Freunden . . .

Zorn in Melk: Uhrendiebe wurden freigelassen

Weil Terrassentüre offen stand, war es Diebstahl und kein Einbruch. Verdächtige Polen wieder frei.

Den 12. September wird Maria K. aus Melk lange nicht mehr aus ihrem Gedächtnis streichen können. Die Pensionistin war zuhause, als sie plötzlich verdächtige Geräusche vernahm. Als die 81-Jährige ins Wohnzimmer ging, sah sie plötzlich drei Gestalten, die in den Laden und Kästen herumgewühlt hatten. Die Täter waren fündig geworden. Sie hatten vier Uhren im Wert von rund 40.000 Euro und Bargeld an sich gerafft und flüchteten aus dem Haus.

Die Pensionistin machte in der Situation das einzig Richtige: Sie alarmierte die Polizei, die auch kurze Zeit später am Ort des Geschehens eintraf. Die Beamten konnten drei Verdächtige festnehmen, im Täterfahrzeug wurde zudem Einbruchswerkzeug sichergestellt. Danach wurden die Festgenommenen zur Polizeiinspektion gebracht und einvernommen. Zwei der Beschuldigten legten ein Geständnis ab, der dritte im Bunde leugnete die Tat. Bis dahin war für die Beamten noch alles Routine, doch was danach folgte, trieb einigen Fahndern die Zornesröte ins Gesicht. Denn nachdem der Staatsanwaltschaft St. Pölten der Sachverhalt geschildert wurde, entschied diese, daß die drei Männer wieder freizulassen sind.

Eine der Gründe für diese Entscheidung war, daß es sich bei der Tat um einen Diebstahl und keinen Einbruch gehandelt hat. Die Terrassentüre war angelehnt und nicht verschlossen, deshalb mußten sich die Täter nicht mit Gewalt Zutritt verschaffen. „Zudem handelt es sich bei den Beschuldigten um EU-Bürger und es spielt natürlich immer auch eine Rolle, ob sie vorbestraft sind oder nicht. Alle diese Fakten wurden abgewogen, dann hat der zuständige Journalstaatsanwalt diese Entscheidung getroffen“, sagt Karl Wurzer von der Staatsanwaltschaft St. Pölten im Gespräch mit dem KURIER.

Ob die drei Polen nach einer Anklage überhaupt in Österreich erscheinen werden, ist unsicher. Eine Vorladung ist natürlich möglich, ob sie dieser folgen, fraglich. Denkbar wäre auch, daß sie per Haftbefehl in einem Gericht in Österreich vorgeführt werden. Aber auch hier muß erst entschieden werden.

Die Pensionistin Maria K. aus Melk muß jedenfalls damit leben, daß die Männer, die in ihr Haus eingedrungen und sie bestohlen hatten, wieder frei herumlaufen.

Ein US-Kriegsverbrechen: Mißgebildete Kinder durch Uranmunition in Syrien

Wie schon im Irak haben die USA auch in Syrien abgereichertes Uran (DU = Depleted Uranium) verschossen. Das US-Zentral-Kommando (CENTCOM) gestand ein, daß DU am 18. und am 23. November 2015 abgefeuert wurde. Insgesamt seien 5.100 Geschosse DU-Munition verfeuert worden, was 1,5 Tonnen abgereichertem Uran entspricht. In den Gebieten, in denen diese Munition benutzt wurde, läßt sich eine starke atomare Strahlung messen. Diese Strahlung hat zur Folge, daß Kinder mit starken Mißbildungen geboren werden. Wie im Irak, wo nach dem Angriff der US-Armee und deren Verbündeten im ersten Irakkrieg 1991 und im Jahr 2000 die Anzahl von Mißbildungen von 3 auf 18 Kinder pro 1000 Geburten angestiegen ist. Laut Wissenschaft zerfällt abgereichertes Uran in etwa 4,5 Milliarden Jahren gerade mal um die Hälfte. Deshalb ist in diesen Gebieten zukünftig nicht mit weniger Mißbildungen zu rechnen. Somit begeht ein kriegsführendes Land eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen überhaupt, wenn es Munition einsetzt, die noch bei zukünftigen Generationen so viel Leid hervorruft.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 260 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *